

Niedersachsengerechter.

Wolfgang Jüttner



Rede bei der Regionalkonferenz des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

18. Oktober 2006 in Bispingen

Niedersachsen feiert Geburtstag, 60 Jahre, ein junges Land, aber mit allem, was es braucht: Berge und Meer, Marsch und Geest, Moor und Heide, große Städte und liebenswerte kleine Orte. Es macht Spaß, in Niedersachsen zu leben und zu arbeiten. Ich habe Spaß daran, für Niedersachsen zu arbeiten.

Geboren in Schaumburg-Lippe, schon seit langem mit dem Lebensmittelpunkt Landeshauptstadt, mit einer Frau aus Ostfriesland, aus der Bundeswehrzeit den Sand aus der Lüneburger Heide zwischen den Zähnen. Ich habe in vielen Ecken des Landes Wurzeln geschlagen. Es fehlt mir nur eines: Das Land müsste besser regiert werden. Es müsste sozialdemokratisch regiert werden. Es müsste einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten haben.

Wulff und sein Kabinett können es nicht. Sie verspielen die Zukunft des Landes.

Da sind zunächst die handwerklichen Fehler die mich ärgern:

- Es ist die Selbstgefälligkeit. Noch keine andere Landesregierung hat so oft vor Gericht verloren wie Wulff und sein Kabinett. Vor allem der Innenminister sieht sich gern als Inbegriff von „Recht und Ordnung“, hat aber selbst bisher bei allen seinen wichtiger Gesetzesvorhaben rechtlich gepatzt. Das haben ihm höchste Gerichte bestätigt.
- Es ist die Überheblichkeit. Der Umweltminister diffamiert in seinen Reden kommunale Mandatsträger als korrupt und unfähig.
- Es ist die Selbstbedienungsmentalität. Der gleiche Minister versorgt seine Parteifreunde ungeniert mit Posten im Ministerium.
- Es ist das mangelnde Können. Beim „Gammelfleisch- Skandal ist der Landwirtschaftsminister als Krisenmanager heillos überfordert. Die Menschen erfahren aus der Presse und nicht aus dem Ministerium, wenn wieder ein Fleischlieferant seinen Profit über die Gesundheit der Kunden gestellt hat.
- Es ist die Kenntnislosigkeit, die die zuständige Ministerin bei der Umsetzung von Hartz IV zeigt.
- Zuletzt hat die Regierung Wulff dies beim Transrapidunfall bewiesen. Die Wahrheit über die Fehler beim Genehmigungsverfahren kommt nur Stück für Stück und nur auf unseren Druck hin an den Tag.

Die können ihr Geschäft nicht. Aber viel schlimmer ist: Wulff und seine Regierung haben kein Konzept für die Zukunft des Landes. Wulff weiß nicht, wohin er das Land führen soll. Seine präsidiale Attitüde soll diese inhaltliche Leere und die falschen Weichenstellungen verdecken. Aber es gelingt ihm immer weniger. Sein Kabinett, wahrlich ein „Schattenkabinett“ ist dabei keine große Hilfe. „Für ein menschliches Niedersachsen“ ist die Überschrift des Grundsatzbeschlusses der niedersächsischen CDU. Würde Wulff danach verfahren, er wäre selbst größter Kritiker seiner Regierungspolitik.

Nichtstun und Stillstand in der Wirtschaftspolitik, schneller Rückwärtsgang in der Bildungspolitik, Barmherzigkeit statt Teilhaberechte in der Sozialpolitik! Wundert es da, dass inzwischen die Mehrheit der Menschen in Niedersachsen mit der gegenwärtigen Landesregierung unzufrieden ist? Wulff und sein Kabinett machen mit großem Pressegetöse einen Zukunftskongress, heraus kommt heiße Luft.

Wundert es da, dass viele Menschen dieser Regierung das Land in Zukunft nicht anvertrauen wollen?

Wir werden uns dieser Herausforderungen annehmen. Wir müssen reden über die Folgen des demografischen Wandels. Sie werden die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede unseres Landes in Zukunft weiter verschärfen. Das zeigt die Diskussion in der Enquetekommission „Demografie“: Das Land wird älter, die Bevölkerungszahl schrumpft aber es wird auch bunter.

Als Regierungspartei müssen und werden wir nach 2008 für gleichwertige Lebensverhältnisse aller Bürgerinnen und Bürger sorgen. Dafür garantiert die SPD. Dafür stehe ich: mit unseren wirtschaftspolitischen Zielen, mit unserem Bildungsprogramm und mit unserem Einsatz für die soziale Teilhabe. Das gilt für die Regionen mit schrumpfender und überalternder Bevölkerung, wie für prosperierende Regionen.

Dies ist übrigens nicht nur eine Verpflichtung, die in der Verfassung verankert ist, dies ist auch die politische Pflicht jeder verantwortlich agierenden Regierung.

Die Zukunft jedes Landes, auch die Zukunft Niedersachsens, wird maßgeblich von seiner wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt.

Nach 1990 haben wir mit der Regierung Schröder eine dramatische Aufholjagd bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung begonnen, um im Strukturwandel zu bestehen. Dies hatte die vorhergehende Regierung Albrecht versäumt. Die jetzige Regierung hat den Rückwärtsgang eingelegt. Die mit 7 Prozent im deutschlandweiten Vergleich niedrigste Investitionsquote eines Landeshaushalts tut ein Übriges, um unsere Chancen zu verspielen. Den Kommunen den kommunalen Finanzausgleich kürzen: eine weitere Verschärfung.

Dabei hat das Land alle ökonomischen Potenziale, um im Wettbewerb bestehen zu können. Wir haben große Kompetenzen in der Mobilitätswirtschaft, in der Luft- und Raumfahrt, im agrarindustriellen Sektor, in der maritimen Wirtschaft, in der Gesundheitswirtschaft und im Tourismus. Wir haben die besten Voraussetzungen mit unseren fast 250.000 kleinen und mittelständischen Unternehmen und ihren Beschäftigten. Und die Infrastruktur in der Mitte Europas begünstigt uns.

Gleichwohl ist aber festzustellen: Es gibt auch Probleme. Um unsere Potenziale noch besser entfalten zu können, müssen wir die Innovationsschwäche bekämpfen und die Qualifikationsdefizite in Niedersachsen beseitigen. Wir brauchen mehr Forschung, deren Ergebnisse unmittelbar den Betrieben zu gute kommt. Und wir brauchen mehr Kinder und Jugendliche mit einer guten Ausbildung. Nur dann hat Niedersachsen eine Zukunft als Industrieland und als Produktionsstandort.

Gemeinsam mit einer SPD-Mehrheit werde ich dafür sorgen, dass an unseren Universitäten und Fachhochschulen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Unsere jungen Menschen sollen

nicht in den Nachbarländern, sondern hier bei uns studieren können. Das hilft den kleineren Betrieben und dem Handwerk im Land. Gerade bei ihnen fehlt ein Innovationsschub, gerade sie leiden an dem fehlenden Nachwuchs von qualifizierten Ingenieuren und Technikern. Deshalb ist die von uns schon eingeleitete Studienplatzinitiative richtig. Sie ist „niedersachse gerechter“.

Die Forschung an unseren Hochschulen muss schneller gerade für kleine Betriebe nutzbar gemacht werden. Dabei kommt dem Ausbau von Fachhochschulen eine besondere Bedeutung zu. In einem Flächenland wie dem unseren, mit vielen kleinen Betrieben und einem starken Handwerk ist dies der richtige Weg, er ist „niedersachse gerechter“.

„Niedersachse gerechter“ ist es deshalb auch, sofort nach der Regierungsübernahme ein Programm zur Stärkung von Handwerk und Mittelstand aufzulegen.

Die Metropolregionen stärken aber auch in den verschiedenen Teilen des Landes die dort vorhandenen Stärken ausbauen, auch das ist „niedersachse gerechter“.

Ich bin mir sicher, dass es uns damit gelingt das Land wieder nach vorn zu bringen.

„Niedersachse gerechter“ – Genossinnen und Genossen – dies muss ein zutreffendes Siegel für unsere Politik werden. In allen Politikfeldern, so auch in der Bildungspolitik.

Das dreigliedrige Schulsystem jedenfalls ist es nicht. Nicht nur, weil es vielen Kindern und Jugendlichen durch frühes Sortieren die Chancen auf einen höheren Schulabschluss verbaut. Nicht nur, weil so nicht die Potentiale in den Köpfen aller unserer Kinder geweckt werden und nicht nur, weil es für viele von ihnen mit Misserfolgserlebnissen verbunden ist. Es führt auch zu einem Ausbluten der Hauptschule zur Restschule und verhindert, dass in vielen der kleineren Gemeinden alle Schulangebote vorgehalten werden können.

Damit muss Schluss sein. Gemeinsam mit den Eltern und mit Kommunen werden wir dafür sorgen, dass in Niedersachsen ein zentrales Prinzip gilt: die intensive individuelle Förderung für alle Kinder. Diese muss schon in der frühkindlichen Bildung beginnen und sich über die Errichtung von „Familienzentren“, die Flexible Eingangsphase an den Grundschulen, die Ganztagschule und die „Gemeinsame Schule“ hinziehen bis zum Übergang von der Schule in den Beruf.

Im Gegensatz zur CDU und zur Regierung Wulff werden wir keine Bildungsbarrieren errichten, sondern abbauen. Die Niedrigschwelligkeit ist hierbei unser Anspruch.

Gerade aber der Übergang von der Schule zum Beruf ist noch zu wenig in den Blick geraten. Wir werden durch einen Umbau der bisher bestehenden schulischen Warteschleifen dafür sorgen, dass Jugendliche ohne Ausbildungsplatz dort nicht nur geparkt und danach in eine Maßnahmenkarriere entlassen werden.

Dies ist keine menschenwürdige Zukunftsperspektive. Für mich und für die SPD gilt: alle Jugendliche haben ein „Recht auf Ausbildung“. Deshalb werden wird es mit uns für sie eine „Garantie auf

Ausbildung“ geben. Zusammen mit den Kammern und vor allem mit den vielen kleinen Handwerksbetrieben in der Fläche werden wir deshalb dafür sorgen, dass diese schulischen Maßnahmen mit einem voll anerkannten Lehrabschluss enden.

Diese Garantie auf einen Lehrabschluss für alle, Genossinnen und Genossen, ist nicht nur unsere Verpflichtung unseren Jugendlichen den Weg in ihr Berufsleben zu sichern, sie ist auch „niedersachsendgerechter“.

Dies alles sind Elemente eines Prinzips: Förderung von Kindern und Jugendlichen, damit sie ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und besser gestalten können, damit sie am politischen und gesellschaftlichen Leben in ihrer Gemeinde und in unserem Land teilhaben können und auch damit sie mitarbeiten können an der Zukunft unserer Wirtschaft.

Das ist „niedersachsendgerechter“, und das ist menschengerechter.

Menschengerecht ist es auch, die Politik der sozialen Kälte in Niedersachsen zu beenden und dem sozialen Zusammenhalt und Zusammenleben wieder eine Chance zu geben.

Die Regierung Wulff hat gerade hier immensen Schaden angerichtet. Sie ist dabei, die politische Kultur in unserem Land zu verändern. Der Ministerpräsident redet gerne von christlichen Werten, vom Bürgersinn und vom Ehrenamt. Währenddessen verweigert er mit seiner Politik jedoch die Integration von behinderten und pflegebedürftigen Menschen. Er kürzt die Zuschüsse für ehrenamtliches Engagement nicht nur im Sport, sondern in allen Bereichen. Und er tut nichts für die Integration – weder von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern noch des Drittels unserer Gesellschaft, die durch wirtschaftliche Not oder sozialer Ausgrenzung zu Fremden in unserer Gesellschaft werden.

Wir werden dies verändern. Wir werden unseren Älteren einen menschenwürdigen Platz für ihren Lebensabend schaffen. Wir werden dies auch für alle Menschen mit einem Handicap tun. Wir werden durch Beratungsstellen und Vorsorgeuntersuchungen für ein gesundes Aufwachsen aller Kinder sorgen. Solche Fälle, wie sie gerade in den letzten Wochen durch die Zeitungen gingen, darf es nicht wieder geben. Wir werden durch eine unvoreingenommene Integrationspolitik die Ausgrenzung der bei uns lebenden Einwanderer beenden. Und wir werden garantieren, dass ehrenamtliches Engagement nicht nur mit einem „warmen Händedruck“ abgegolten wird. Hier können mit geringen Mitteln zumindest die Auslagen abgegolten werden.

Genossinnen und Genossen, als Ministerpräsident werde ich für ein solidarisches und soziales Zusammenleben aller Menschen in Niedersachsen arbeiten und eintreten. Ich bin sicher, dafür habe ich nicht nur eure Unterstützung, sondern die Unterstützung vieler Bürgerinnen und Bürger.

In diesen Tagen feiert Wulff und seine Regierung „60 Jahre Niedersachsen“. Er tut dabei so, als wäre Niedersachsen ein CDU-Land. Wir aber wissen, dieses Land wurde in 39 von diesen 60 Jahren von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert. Sie haben das Land aufgebaut, von der Entwicklung der Wirtschaft bis hin zum Ausbau der Universitäten und der Hochschulen. Sie haben gewusst, was dieses Land braucht.

Und heute wissen wir, was Niedersachsen braucht. Wir sagen, was niedersachsengerechter ist. In der Bildungspolitik stehen unsere Ziele seit unserem Landesparteitag, in der Sozialpolitik beweisen wir dies täglich und in der Wirtschaftspolitik sind wir mit Hochdruck daran, die oben umrissenen Alternativen auszuformulieren. So wollen, so werden wir das Vertrauen und die Stimmen der Menschen in Niedersachsen gewinnen.

Der erste Test für unsere Kompetenz war die Bundestagswahl 2005. 9,6 % Vorsprung, der Beweis: Niedersachsen ist kein CDU-Erbhof. Zum zweiten Mal haben wir dies vor gut einem Monat bei den Kommunalwahlen bewiesen. Viele Menschen in unseren Städten und Gemeinden haben sich entschieden, die politische Verantwortung in die Hände von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zu legen. Wir haben hart gearbeitet und wir haben gut abgeschnitten. Dieses Ergebnis war kein Zufall. Es hat zu tun mit der Überzeugungskraft unserer Lösungen für die Probleme der Zukunft. Es hat gezeigt: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind den Menschen und ihren Problemen zugewandt.

Die Kommunalwahlen waren ein wichtiger Schritt, aber sie waren nur der erste Schritt. Der Zweite wird und muss in gut einem Jahr folgen: Die SPD muss auch im Landtag wieder die stärkste politische Kraft werden. Die jetzige Landesregierung muss durch eine SPD-Regierung abgelöst werden. Ich bin sicher, dass dies gelingen wird. Wenn die Menschen den Eindruck haben die Regierenden können es nicht so richtig und die anderen haben die bessere Alternative, dann sind sie bereits für einen Wechsel.

Eine gar nicht so kleine Anzahl von Menschen hat ihre Entscheidung gegen diese Regierung übrigens schon heute getroffen. Während der Innenminister Realität Einwanderungsland problematisiert, wird Niedersachsen durch die konzeptlose Politik dieser Landesregierung langsam zum Auswanderungsland. Neben den vielen, die wegen des Studiums Niedersachsen verlassen haben, haben fast 9.000 Menschen in den letzten drei Jahren Niedersachsen den Rücken zugewandt und sind in die Nachbarländer gezogen. Dies waren vor allem die Jüngeren zwischen 18 – 49 Jahren, also

gerade Auszubildende und junge Arbeiter und Familienväter. Ich bin mir sicher, sie wären gerne geblieben. Offensichtlich haben sie jedoch für sich keine Perspektive in Niedersachsen gesehen.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass Niedersachsen auch in Zukunft für alle hier lebenden Menschen und für Menschen, die wir noch gewinnen wollen, eine attraktive Heimat bleibt und wird. Wir werden gemeinsam daran arbeiten, unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit für alle Menschen und von Solidarität zwischen allen Menschen einfallsreich und angemessen auf die Probleme einer niedersächsischen Gesellschaft anzuwenden und das Land fit zu machen für den weiteren sozialen Wandel.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass 2008 bei den Landtagswahlen eine attraktive niedersächsische Sozialdemokratie zum Regierungswechsel bereit steht.

Auf uns kommt es dabei an. Ich werde mich ´reinhängen. Wir werden den Menschen deutlich machen, dass die Regierung Wulff den Anforderungen des Landes nicht gerecht wird.

Wir werden dies selbstbewusst, aber nicht selbstgefällig tun. Die SPD Niedersachsen spielt auf Sieg und nicht auf Platz.

Wir wollen stärkste Kraft am 27. Januar 2008 werden.

Lasst uns gemeinsam kämpfen.

Das Motto gilt:

„Die SPD greift an.“

Es gilt das gesprochene Wort.

Kurt-Schumacher-Haus | Büro Wolfgang Jüttner
Odeonstraße 15/16 | 30159 Hannover